



Finanzierungsverbot

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Ziel

Die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern durch bestimmte Institutionen wie den Pensionskassen oder der Schweizerischen Nationalbank soll verboten werden.

Ausgangslage

In der Schweiz ist es verboten, die Herstellung von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen zu finanzieren.

Es ist hingegen erlaubt, Hersteller von anderen Kriegsmaterialien (z.B. Pistolen oder Panzern) zu finanzieren. Es wurde eine Initiative eingereicht, um bestimmten Institutionen die Finanzierung von **Kriegsmaterialherstellern** zu verbieten. Diese Institutionen sind die Schweizerische Nationalbank, Schweizer Stiftungen, die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), die Invalidenversicherung (IV) und die Pensionskassen. Deshalb stimmen wir nun darüber ab.

Was würde sich ändern?

Wird die Initiative angenommen, wird die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern verboten. Das Verbot gilt für die Schweizerische Nationalbank, Schweizer Stiftungen, die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), die Invalidenversicherung (IV) und die Pensionskassen. Das heisst, diese Institutionen dürfen Kriegsmaterialherstellern zum Beispiel keine Kredite geben oder Aktien von diesen besitzen.

Bestehende Kredite und Aktien müssen innerhalb von vier Jahren gekündigt oder verkauft werden. Betroffen sind Kredite und Aktien von in- und ausländischen Unternehmen, die mit der Herstellung von Kriegsmaterial mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes machen.

Zusätzlich soll sich die Schweiz weltweit für ein Finanzierungsverbot von Kriegsmaterial durch Banken und Versicherungen einsetzen.

Kriegsmaterial

Als Kriegsmaterial werden Waffen, Kriegsfahrzeuge sowie deren Bestandteile bezeichnet. Dazu zählen zum Beispiel Pistolen, Panzer oder der Motor eines Militärhelikopters.

Initiative

Mit einer eidgenössischen Volksinitiative können BürgerInnen eine Änderung der Bundesverfassung vorschlagen. Auf nationaler Ebene müssen dafür innerhalb von 18 Monaten 100 000 Unterschriften von stimmberechtigten BürgerInnen gesammelt werden. Wurden die Unterschriften gesammelt, so stimmt das Volk über die vorgeschlagene Änderung der Bundesverfassung ab.



Ja

Argumente der BefürworterInnen

- Die Finanzierung von Kriegsmaterial widerspricht den Anstrengungen der Schweiz, bewaffnete Konflikte friedlich zu lösen.
- Die Initiative verhindert, dass Geld von der Nationalbank und den Pensionskassen an Kriegsmaterialhersteller fließt. Das führt zu mehr Transparenz.
- Auch ohne die Finanzierung von Kriegsmaterial erzielen Pensionskassen oft höhere Gewinne.

Nein

Argumente der GegnerInnen

- Die Finanzierung von z.B. Atomwaffen ist bereits verboten. Weitere Verbote schränken die AHV/IV und die Pensionskassen unnötig ein.
- Ein weltweites Finanzierungsverbot von Kriegsmaterial ist unrealistisch. Die Initiative schwächt die Schweizer Industrie und den Finanzplatz.
- Die Einschränkung der AHV/IV und der Pensionskassen kann zu niedrigeren Renten führen.

Nationalrat



Nein

72 Ja
125 Nein
0 Enthaltungen

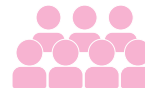
Ständerat



Nein

13 Ja
32 Nein
0 Enthaltungen

Bundesrat



Nein



Den Clip zur Vorlage und weitere Informationen findest du unter easyvote.ch/finanzierungsverbot